

14. April 2022

Projektleitung: Jannis Bischof, Philipp Dörrenberg, Davud Rostam-Afschar, Dirk Simons & Johannes Voget

unter Mitarbeit von: Fabian Eble, Johannes Gaul, Christopher Karlsson, Tobias Kreuz, Yuhan Liu, Thomas Simon & Samhitha Srinivas
Universität Mannheim

TRR 266 Accounting for Transparency
www.accounting-for-transparency.de
www.gbpanel.org

Der Krieg in der Ukraine beeinträchtigt die betriebswirtschaftlichen Erwartungen von fast 80 % der Unternehmen in Deutschland erheblich. Die Lockerung der Corona-Maßnahmen kann die Belastung der Unternehmensgewinne nicht kompensieren: Im Vergleich zum Vorjahresmonat sinken diese um 4,7 %. Während deutsche Unternehmen die bisherigen wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland trotz dieser Belastungen mehrheitlich unterstützen, trifft ein mögliches Rohstoff-Embargo auf ein geteiltes Echo. Insbesondere Unternehmen, die Gas direkt in der Produktion oder entlang der Wertschöpfungskette einsetzen, bewerten ein Embargo mehrheitlich als negativ – besonders da 31 % von ihnen damit rechnen, für eine Umstellung ihrer Energieversorgung länger als zwei Jahre zu benötigen.

Lockerung der Corona-Maßnahmen kann die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs nicht auffangen

Nachdem sich die Stimmung unter deutschen Unternehmen seit Jahresbeginn zunächst deutlich verbessert hatte, sind die betriebswirtschaftlichen Erwartungen seit dem russischen Angriff auf die Ukraine stark eingebrochen. **Abbildung 1** verdeutlicht den starken Rückgang der betrieblichen Umsätze, Gewinne und Investitionen seit Kriegsbeginn. Während die erwartete Gewinnwachstumsrate kurz vor Kriegsbeginn durchschnittlich noch bei bis zu +5 % lag, ist diese schlagartig auf zuletzt -4,7 % gefallen. Umsatz- (von 11 % auf zuletzt 3,9 %) und Investitionserwartungen (von 8 % auf zuletzt -4,3 %) sind in ähnlichem Maße zurückgegangen.

Auch die weitreichenden Lockerungen der Corona-Maßnahmen am 20. März konnten diesen abrupten Rückgang nicht aufhalten: Zwar stabilisierten sich die Erwartungen rund um den Zeitpunkt der bundesweiten Erleichterungen etwas (maßgeblich aufgrund der positiven Effekte im Gast- und Veranstaltungsgewerbe), fallen aber Ende März wieder stark ab.

Fast 80 % der Unternehmen erwarten finanzielle Belastungen durch den Krieg

Dass der Wegfall der meisten Corona-Maßnahmen keinen über die Krisenbranchen hinausreichenden Einfluss auf die Gewinn- und Umsatzerwartungen hat, liegt an den erwarteten weitreichenden Folgen des Kriegs und den bereits etablierten Sanktionen: **Abbildung 2** zeigt, dass lediglich 21 % der Befragten keine finanziellen Belastungen durch den Krieg befürchten.

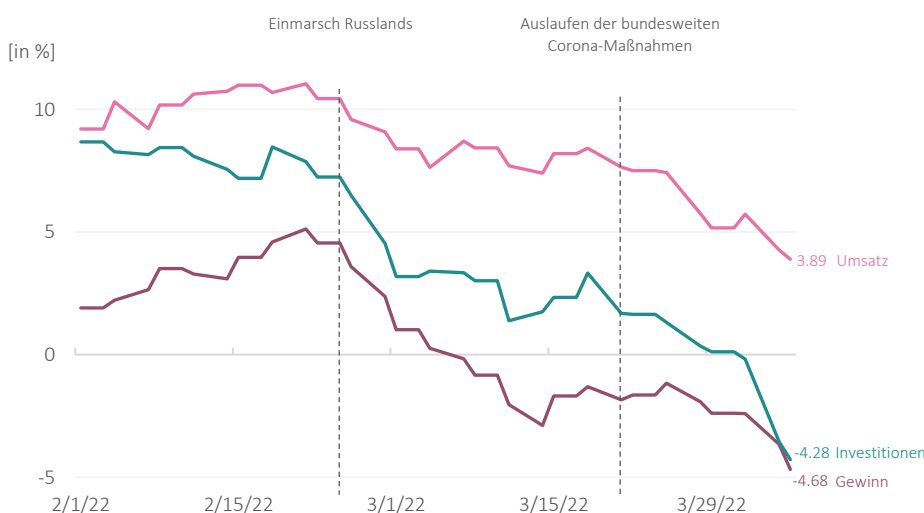


Abbildung 1

Entwicklung betriebswirtschaftlicher Kennzahlen seit Februar

Die Abbildung stellt die Einschätzung der Unternehmen zur Veränderung von Umsätzen, Gewinnen und Investitionen im Vergleich zum Vorjahr dar. Trotz einer Erholung zu Jahresbeginn ist ein Einbruch der Kennzahlen seit Beginn des Kriegs in der Ukraine zu verzeichnen. Der Rückgang der Indikatoren konnte durch das Auslaufen der bundesweiten Corona-Beschränkungen – wenn überhaupt – nur kurzfristig aufgehalten werden.

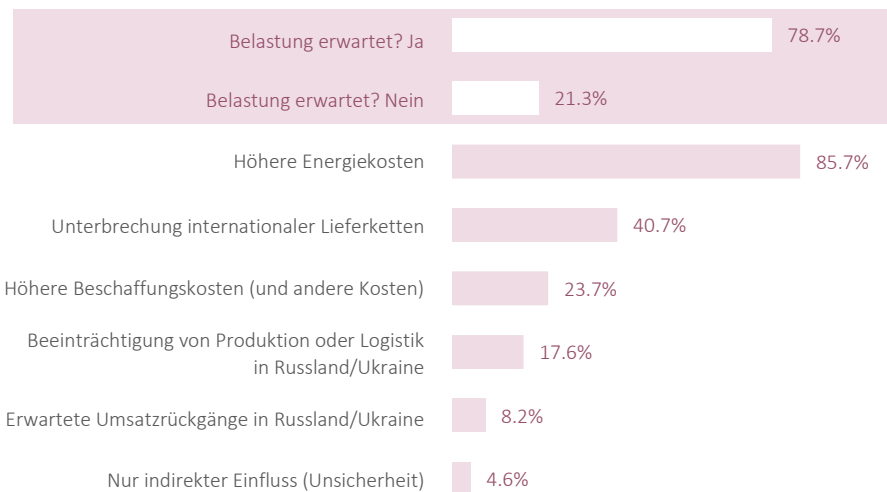


Abbildung 2
Welche Belastungen werden durch den Krieg erwartet?

Die Abbildung verdeutlicht im farblich hervorgehobenen Kasten, dass 79 % der Unternehmen finanzielle Belastungen durch den Ukraine-Krieg erwarten. Welcher Art die Belastung dieser Unternehmen ist, schlüsseln die Angaben darunter auf. Demnach befürchten Unternehmen vor allem höhere Energie- und Beschaffungskosten sowie Lieferkettenprobleme.

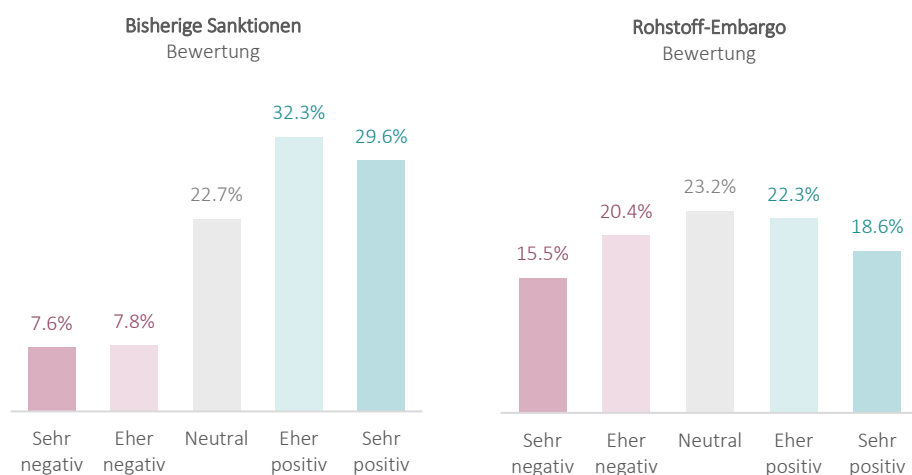


Abbildung 3
Bewertung der bisherigen Sanktionen und eines möglichen Rohstoff-Embargos

Die Abbildung verdeutlicht, dass die aktuell geltenden Wirtschaftssanktionen der Bundesregierung gegen Russland mehrheitlich positiv oder sogar sehr positiv wahrgenommen werden. Das Stimmungsbild hinsichtlich eines möglichen Importstopps von Rohstoffen aus Russland, darunter Erdöl und Erdgas, hingegen ist gemischt. Der Anteil negativer Bewertungen liegt hier deutlich höher.

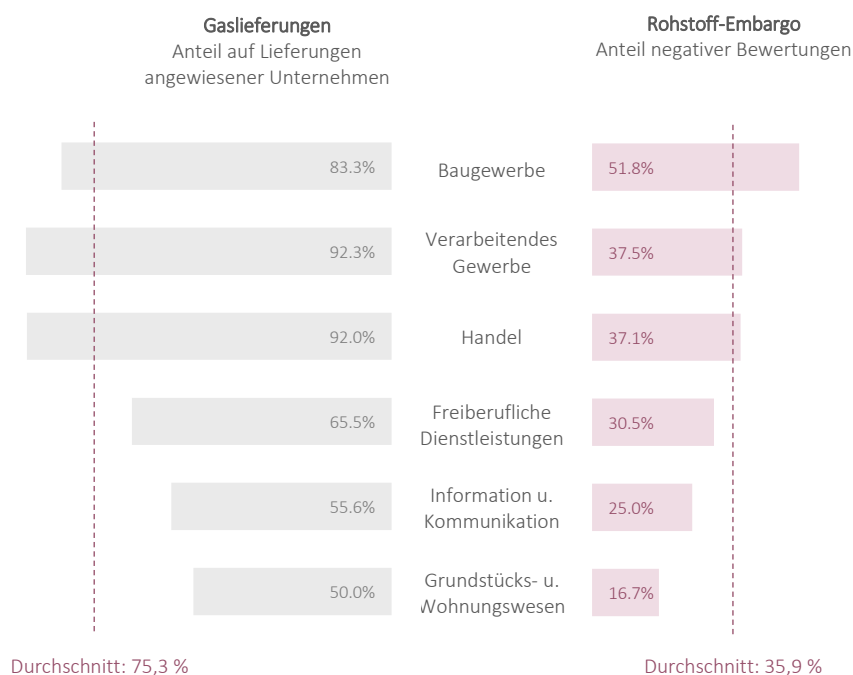


Abbildung 4
In welchen Industrien wird ein Rohstoff-Embargo besonders kritisch gesehen?

Die Abbildung stellt links den Anteil der Unternehmen in den jeweiligen Wirtschaftszweigen dar, die entweder direkt oder indirekt auf Gaslieferungen angewiesen sind. Dem stellt die Darstellung rechts gegenüber, wie viele Unternehmen einen möglichen Importstopp von Rohstoffen aus Russland als negativ oder sehr negativ betrachten.

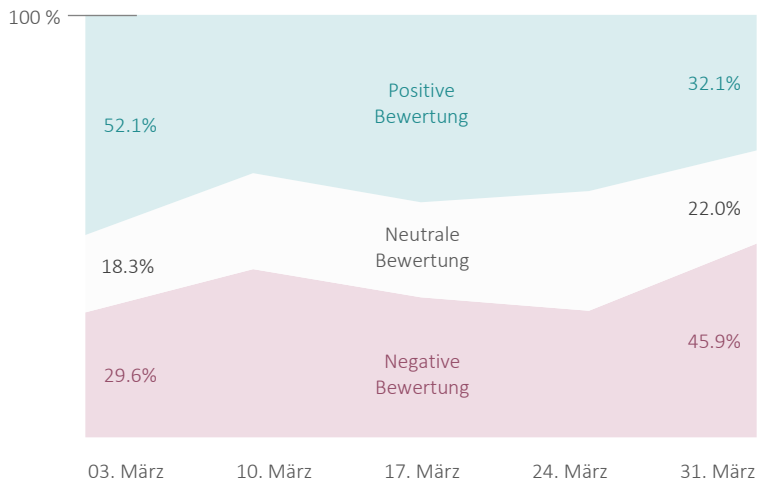


Abbildung 5
Bewertung eines Rohstoff-Embargos im Zeitverlauf

Die Abbildung verdeutlicht, dass der Anteil an Unternehmen, die ein Rohstoff-Embargo befürworten, rückläufig ist: Während in der zweiten Kriegswoche (03.03. – 09.03.) noch 52 % der Unternehmen einen Importstopp für Rohstoffe positiv bewerteten, gilt dies in der 6. Kriegswoche (31.03. – 06.04.) nur noch für 32 %.

Tabelle 1
Inwiefern sind Unternehmen auf den Einsatz von Gas angewiesen?

Die Tabelle stellt dar, ob und in welchem Ausmaß Unternehmen in Deutschland auf den Einsatz von Erdgas angewiesen sind. Wird Gas direkt oder indirekt im Geschäftsbetrieb eingesetzt, führt die Tabelle abhängig von der Nutzung auf, wie viele Unternehmen eine Rationierung von Gaslieferungen im Umfang von 50 % innerhalb von 2 Jahren nicht kompensieren könnten und welchen Gewinneinbruch Unternehmen durchschnittlich bei einer solchen Rationierung erwarten würden.

Sind Sie auf Gaslieferungen angewiesen?	Anteil [in %]	Mittlerer Gewinneinbruch bei Rationierung [in %]	Anteil: Anpassung an Rationierung länger als 2 Jahre [in %]	Anteil: Negative Bewertungen eines Rohstoff-Embargos [in %]
„Wir nutzen Gas direkt in der eigenen Produktion.“	3,4	-48,3	33,3	83,3
„Wir nutzen Gas für unsere Heizung.“	50,6	-4,9	7,4	43,8
„Wir erwarten Ausfälle unserer Lieferanten, da diese auf Gas angewiesen sind.“	53,4	-19,3	30,8	61,7
„Wir sind ganz unabhängig von Gaslieferungen.“	24,7	–	–	22,7

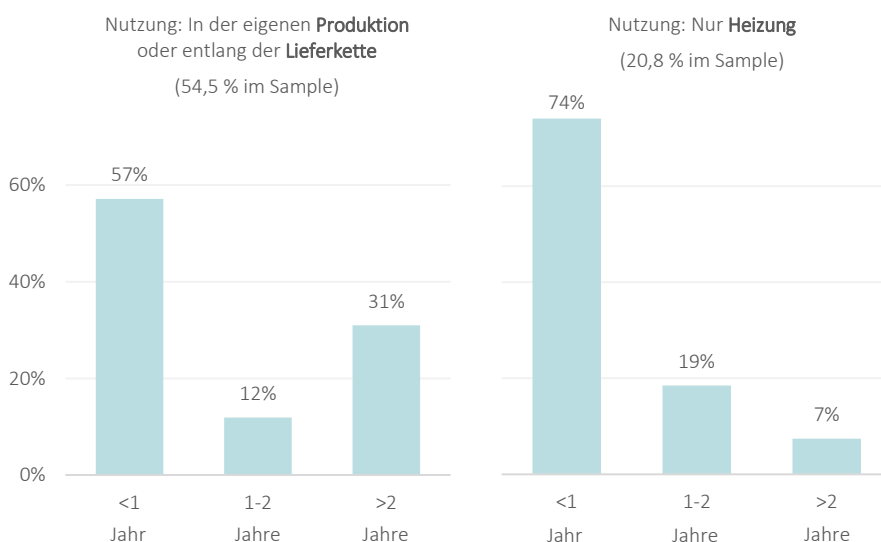


Abbildung 6
Anpassungsgeschwindigkeit in Abhängigkeit von der Erdgas-Nutzung

Die Abbildung verdeutlicht, wie schnell Unternehmen eine Gasrationierung von 50 % nach eigener Einschätzung substituieren könnten. Während 74 % der Unternehmen, die Erdgas ausschließlich für Heizzwecke nutzen, eine solche Rationierung innerhalb von einem Jahr kompensieren könnten, gilt dies unter Unternehmen, die Gas direkt im Produktionsprozess oder entlang der Lieferkette einsetzen, nur für 57 %.

Unternehmen befürchten höhere Energie- und Beschaffungskosten sowie Lieferkettenprobleme

Die vom Krieg betroffenen Unternehmen sorgen sich vor allem um steigende Energiekosten (86 %), Störungen internationaler Lieferketten (41 %) sowie höhere Beschaffungs- und Materialpreise (24 %). Beeinträchtigungen der Geschäfte vor Ort in der Ukraine und Russland (18 %) sowie dortige Umsatzeinbußen (8 %) betreffen hingegen eine deutlich geringere Anzahl an Unternehmen ([Abbildung 2](#)).

Stimmungsbild in Bezug auf ein Rohstoff-Embargo sehr gemischt

Trotz dieser Belastungen stehen deutsche Unternehmen den bisherigen Sanktionen der deutschen Bundesregierung gegen Russland überwiegend positiv gegenüber: [Abbildung 3](#) zeigt, dass 32 % der Unternehmen die Sanktionen als positiv und 30 % sogar als sehr positiv bewerten. Lediglich 15 % der Befragten beurteilen die aktuellen Sanktionen negativ.

Ein Importstopp von Rohstoffen wie Erdöl und Erdgas aus Russland trifft hingegen auf ein geteiltes Echo. Während ein solches Rohstoff-Embargo zwar von 41 % der Unternehmen positiv gesehen wird, bewerten 36 % ein Embargo negativ. Anders als bei den bereits implementierten Sanktionen stehen sich Gegner und Befürworter dieser zusätzlichen, gegen Russland gerichteten Maßnahme also beinahe ausgeglichen gegenüber.

Negative Bewertungen eines Gas-Embargos stammen vor allem aus Industrien, die stärker auf Gaslieferungen angewiesen sind

Allerdings zeigt sich, dass es zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen große Unterschiede in der Bewertung eines möglichen Rohstoff-Embargos gibt. [Abbildung 4](#) verdeutlicht dies für die Nutzung von Erdgas: Industrien, die sich stärker auf den Einsatz dieses Rohstoffs stützen (z. B. Bau und Verarbeitendes Gewerbe), bewerten einen Importstopp von Rohstoffen überdurchschnittlich negativ. So liegt etwa der Anteil negativer Bewertungen eines Rohstoff-Embargos im Baugewerbe, das zu 83 % direkt oder indirekt auf Gaslieferungen angewiesen ist, bei mehr als 50 %.

Deutlich positiver stehen einem Embargo hingegen Wirtschaftszweige gegenüber, die seltener auf die Nutzung von Gas angewiesen sind (und wenn, dann regelmäßig nur für den eigenen Heiz-, nicht aber den Produktionsbedarf), darunter der IT- und Dienstleistungssektor. In diesen Branchen beschränkt sich der Anteil negativer Bewertungen auf weniger als 25 %.

Der Anteil negativer Bewertungen eines Rohstoff-Embargos hat sich zuletzt erhöht

[Abbildung 5](#) stellt die Beurteilung eines Rohstoff-Embargos im Zeitverlauf dar und zeigt: die Zustimmung für einen solchen Importstopp sinkt mit Fortschreiten des Kriegs. Während in der zweiten Kriegswoche (03.03. – 09.03.) noch mehr als die Hälfte der Unternehmer Unterstützung für ein Rohstoff-Embargo bekundeten, ist der Anteil positiver Bewertungen bis zur sechsten Kriegswoche (31.03. – 06.04.) auf 32 % gefallen. Aktuell sprechen sich demnach sogar mehr Unternehmen gegen (46 %) als für ein Rohstoff-Embargo aus. Zuletzt hatte die öffentliche Diskussion über einen Importstopp auf Rohstoffe mögliche zusätzliche Belastungen, die Unternehmer in einem ohnehin schon angespannten Marktumfeld erwarten, stärker in den Mittelpunkt gestellt.

Etwa 75 % der Unternehmen sind aktuell auf Gaslieferungen angewiesen, 21 % dabei nur für den eigenen Heizbedarf

Wie eine Rationierung von verfügbarem Gas im Rahmen eines Importstopps die Unternehmen konkret betreffen würde, ist in [Tabelle 1](#) aufgeschlüsselt. Zunächst zeigt sich, dass drei von vier deutschen Unternehmen durch eine Rationierung von Erdgas belastet würden: Lediglich 25 % der Unternehmen geben an, weder direkt noch indirekt auf Gaslieferungen angewiesen zu sein.

Wie das Erdgas allerdings im Geschäftsbetrieb genutzt wird, variiert stark: Während Erdgas nur von einem kleinen Teil der Unternehmen (3,4 %) direkt in der Produktion eingesetzt wird, geben 53 % der Unternehmen an, dass sie Vorleistungen von Unternehmen beziehen, die direkt von der Gasversorgung abhängig sind, und daher im Fall einer Gasrationierung Probleme entlang der Wertschöpfungskette befürchten. Die Hälfte der befragten Unternehmen nutzt Gas für Heizzwecke. 20,8 % aller Unternehmen nutzen Gas sogar ausschließlich für den eigenen Heizbedarf.

Betriebe, die Gas in der Wertschöpfung nutzen, erwarten Gewinneinbrüche von bis zu 50 %

Unternehmen sind also auf sehr unterschiedliche Weise auf Gaslieferungen angewiesen. [Tabelle 1](#) verdeutlicht die erwarteten Auswirkungen eines Rohstoff-Embargos – unter der Annahme, dass es infolge eines solchen Importstopps zu einer Drosselung der Gaslieferungen um 50 % kommen würde. Dieser Gewinneinbruch fällt moderat aus (-4,9 %), wenn Gas für den Heizbedarf genutzt wird. Einen deutlich höheren Gewinneinbruch erwarten Unternehmen allerdings, wenn sie Gas in der Wertschöpfungskette als Vorleistung beziehen (-19,3 %) oder selbst in der eigenen Produktion einsetzen (-48,3 %).

Mehr als 30 % der Unternehmen, die Gas in der Produktion oder entlang der Lieferkette nutzen, können eine Drosselung von Gaslieferungen nicht innerhalb von zwei Jahren kompensieren

Die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen an eine Gasrationierung hängt von der Art der Gasnutzung ab. Wird Gas für den eigenen Heizbedarf eingesetzt, erwarten nur 7,4 % der Unternehmen, dass die Anpassung an die reduzierten Gasmengen mehr als zwei Jahre in Anspruch nimmt. Wenn Gas ein Produktionsfaktor in der Wertschöpfung ist, rechnen jedoch über 30 % der Unternehmen mit einer notwendigen Anpassung von mehr als zwei Jahren.

Abbildung 6 stellt den erwarteten Anpassungszeitraum für beide Gruppen gegenüber. Die Nutzung für den Heizbedarf kann vergleichsweise schnell (< 1 Jahr) ersetzt werden (für 74 % der Unternehmen). Jedoch erwarten nur 57 % der Unternehmen eine solch kurzfristige Anpassung, wenn sie auf Gas in ihrer Wertschöpfungskette angewiesen sind.

Insgesamt gibt die Hälfte der Unternehmen an, dass sie für eine Anpassung an eine Situation mit 50 % geringerer Gasmenge weniger als ein Jahr benötigen würden. Ein Viertel rechnet jedoch mit einer Anpassungszeit von über zwei Jahren.



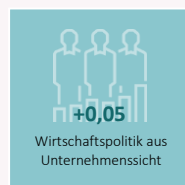
„Wenn sich die Nickelsituation beruhigt, könnte das Jahr vergleichsweise normal werden. Falls nicht, müssen 70 % der Mitarbeiter in Kurzarbeit. Das werde ich erst in einigen Wochen abschätzen können.“

Kunststoffhersteller mit Jahresumsatz von 2 Mio. Euro

„Das Gastgewerbe hat durch die Betriebsschließungen während der Pandemie viele gute Mitarbeiter verloren. [...] Verbunden mit extrem steigenden Energiekosten, stark steigenden Lebensmittelkosten, hohen Auflagen durch Behörden kommt hier eine Gefährdung der gesamten Branche zustande. Wenn dann noch Finanzierungsprobleme dazukommen, wird es sehr eng.“

Beherbergungsbetrieb mit Jahresumsatz von 500 Tsd. Euro

Unternehmenstrends April



Weitere Kennzahlen finden Sie hier:

- [1. Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen](#)
- [2. Unternehmerische Entscheidungen](#)
- [3. Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche](#)
- [4. Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik](#)

Der Ukraine-Krieg beeinträchtigt die betriebswirtschaftlichen Erwartungen erheblich: Im Vergleich zum Februar sinkt die Gewinnveränderungsrate im März um -3,53 Prozentpunkte und liegt damit deutlich im negativen Bereich. Das Auslaufen der bundesweiten Corona-Maßnahmen konnte den Einbruch der Gewinnerwartungen – wenn überhaupt – nur kurz bremsen.

Trotz einbrechender betriebswirtschaftlicher Indikatoren hat sich das Risiko für Unternehmensaufgaben im März um -1,42 Prozentpunkte verringert. Dieser Rückgang ist vor allem durch diejenigen Branchen getrieben, die besonders durch die Corona-Maßnahmen beeinträchtigt waren: In diesen Corona-Krisenbranchen sinkt das Risiko für Unternehmensaufgaben im März um -8,13 Punkte.

Die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik erhöht sich im März leicht um +0,05 Punkte.

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“.

Wir erheben systematisch und repräsentativ, wie Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung Fragen der Unternehmenstransparenz einschätzen. Erhoben wird auch, wie sich die zunehmende Bereitstellung von Informationen sowie die zunehmende Regulierung in den Bereichen Rechnungswesen und Besteuerung auf Entscheidungen in Unternehmen und die Öffentlichkeit auswirken. Als umfassendes, langfristig angelegtes Befragungspanel liefern wir Daten in einer bisher nicht dagewesenen Qualität für die Forschung zu Unternehmenstransparenz und tragen dazu bei, Regulierung und Wirtschaft zu verbessern. Das German Business Panel ist Teil des Sonderforschungsbereichs „TRR 266 Accounting for Transparency“.



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR
TRANSPARENCY

German Business Panel

Gefördert durch



Deutsche
Forschungsgemeinschaft

Appendix

Aufgliederung der Daten nach Unternehmensklassen

Aufgliederung hinsichtlich: Industrien, Mitarbeiteranzahl, Belastung durch bisherige Sanktionen (Ja/Nein), Abhängigkeit von Erdgas (Ja/Nein), Art der Nutzung (Produktion oder Lieferkette/Heizung), Erwartete Belastung durch Gasrationierung von 50 % (Hoch/Niedrig), Anpassungsgeschwindigkeit bei Gasrationierung um 50 % (Schnell/Langsam)

	Bish. Sanktionen: Durchschnittliche Bewertung [0-10 Skala]	Bish. Sanktionen: Anteil negativer Bewertungen [in %]	Bish. Sanktionen: Anteil belasteter Unternehmen [in %]	Rohstoff-Embargo: Durchschnittliche Bewertung [0-10 Skala]	Rohstoff-Embargo: Anteil negativer Bewertungen [in %]	Erdgas: Anteil auf Lieferungen angewiesener Unternehmen [in %]	Substitution von Gas: Anteil Anpassung <= 1 Jahr [in %]
Gesamtsample	6,9	15,4	78,7	5,2	35,9	75,3	61,3
Verarbeitendes Gewerbe	6,7	16,4	89,7	4,9	37,5	92,3	58,1
Baugewerbe	5,6	26,3	83,3	3,9	51,8	83,3	76,9
Handel	6,7	11,3	92,0	5,0	37,1	92,0	38,9
Information u. Kommunikation	6,9	20,0	72,2	6,5	25,0	55,6	71,4
Freiberufliche Dienstleistungen	7,8	13,2	65,5	5,8	30,5	65,5	81,3
< 10 Mitarbeiter	6,7	17,9	75,2	5,4	33,7	67,8	66,2
>= 10 Mitarbeiter	7,2	10,3	86,0	5,0	40,3	91,2	53,5
Belastung durch bisherige Sanktionen: Ja	6,5	18,7	–	4,6	44,3	78,6	56,5
Belastung durch bisherige Sanktionen: Nein	7,3	11,7	–	6,2	25,5	63,2	84,2
Direkter oder indirekter Einsatz von Erdgas	–	–	82,1	3,8	51,1	–	–
Keine Abhängigkeit von Gas	–	–	68,2	6,2	22,7	–	–
Nutzung von Gas nur bei Heizung	–	–	73,0	5,4	24,3	–	74,1
Nutzung von Gas in Produktion oder Lieferkette	–	–	85,6	3,2	61,5	–	57,1
Hohe erw. Belastung durch Rohstoff-Embargo	–	–	88,5	2,9	68,9	–	52,5
Niedrige erw. Belastung durch Rohstoff-Embargo	–	–	75,9	5,1	29,3	–	73,9
Schnelle Substitution von Gas (<= 1 Jahr)	–	–	76,5	4,2	44,1	–	–
Langsame Substitution von Gas (> 1 Jahr)	–	–	93,0	2,6	74,4	–	–